

OKP-Staatsbeitrag bleibt bei 33 Millionen Franken

Zustupf Der Landtag entschied gestern, den OKP-Staatsbeitrag bei 33 Millionen Franken zu belassen. Der Erhöhungsantrag von Johannes Kaiser im Rahmen des dreiteiligen **AHV-Lösungswegs** der FBP sowie diejenigen der Freien Liste wurden hochkant abgelehnt.

VON HANNES MATT

Alle Jahre wieder entscheidet der Landtag im Juni über die Höhe des Staatsbeitrags an die obligatorische Krankenpflegeversicherung (OKP) für das nächste Jahr. Den Zustupf aus der Landeskasse legte die Regierung heuer erneut auf 33 Millionen Franken fest. Dieser beeinflusst insbesondere die Höhe der Krankenkassenprämien und macht laut Faustregel pro zusätzliche Million für den Versicherten etwa 2.50 Franken im Monat aus. Die VU-Fraktion sprach sich am Donnerstag im Landtag explizit für die Beibehaltung des Staatsbeitrags aus. So war sie bereits im letzten Jahr mit ihrem Erhöhungsantrag um vier Millionen Franken erfolgreich gewesen. «Weitere Erhöhungen würden den Grundgedanken des Staatsbeitrags ad absurdum führen», wie es Manfred Kaufmann (VU) ausdrückte. Auch Gesellschaftsminister Mauro Pedrazzini warnte davor, mit Blick auf den coronageprägten Staatshaushalt der kommenden Jahre, den Betrag nochmals substanziell anzuheben.

Drei Erhöhungsanträge abgelehnt

Die beiden Anträge der Freien Liste, den Beitrag auf 57 oder andernfalls auf 35 Millionen Franken zu erhöhen, wurden schlussendlich ebenso grossmehrheitlich abgelehnt, wie derjenige von Johannes Kaiser (FBP). Dieser hatte zusätzliche 20 Millionen

(insgesamt 52 Millionen Franken) im Rahmen des dreiteiligen Lösungswegs der FBP zur Sicherung der **AHV** gefordert. Im Gegensatz zu einer allfälligen Beitragserhöhung bei der **AHV** in selbiger Höhe hätte dies bei der OKP den Vorteil, dass davon mehr Einwohner profitieren könnten, so Kaiser. «Auch die Wirtschaft, deren gute Rahmenbedingungen zur Sicherung von Arbeitsplätzen und damit Einkommen für die Bevölkerung nicht geschmälert werden, zähle so zu den Gewinnern», erklärte der FBP-Abgeordnete nochmals die Vorteile dieses dreiteiligen Lösungswegs. «Von der daraus resultierenden Reduktion der Krankenkassenprämien profitieren zusätzlich Familien sowie Rentnerinnen und Rentner, da sie weniger Prämien bezahlen müssen sowie vier Fünftel der Arbeitnehmenden in unserem Land.»

Erst Gegenfinanzierung sicherstellen

Unterstützung fand der Antrag abseits der Freien Liste aber nur bei Parteikollege Wendelin Lampert. Die anderen FBP-Abgeordneten waren mit Blick auf die Vorgehensweise anderer Ansicht: So wollten sie erst die Finanzierung der Staatsbeitrags-erhöhung sicherstellen, wie FBP-Fraktionssprecher Daniel Oehry ausführte: «Die Geldbeschaffung muss in unserem Dreipunkteprogramm der erste Schritt sein.» Hierzu hatte die FBP-Fraktion vorgeschlagen, mittels angepasstem Finanzausgleich 20

Millionen Franken von den reichen Gemeinden in die Staatskasse zu holen. «Ohne Mehrheit im Parlament, die wir im Mai-Landtag leider nicht erkennen konnten, müssen wir diese Art der Geldbeschaffung zu einem späteren Zeitpunkt einbringen», erklärte der FBP-Fraktionssprecher. Elfried Hasler (FBP) hatte schon am Mittwoch bei der Behandlung der Postulatsbeantwortung «zum verantwortungsvollen Umgang mit staatlichen Überflüssen» betont, wie wichtig es sei, dass Erhöhungen von wiederkehrenden Ausgaben erst gegenfinanziert werden müssen.

«Kein Export bei OKP-Beitrag»

Auf die Geldbeschaffung wollte Johannes Kaiser anscheinend nicht warten. Er argumentierte, dass es sinnvoller sei, den OKP-Beitrag jetzt zu erhöhen, als später den **AHV-Beitrag** in selbiger Höhe - auch wenn das Geld dann vorerst aus der Staatskasse kommen müsste. Kaiser führte nochmals vor Augen, dass so auch kein Export stattfindet. Bei einer Erhöhung des **AHV-Beitrags** wären es nämlich 30 Prozent - also knapp sieben Millionen Franken -, die ins Ausland fließen würden. Über die langfristige Sicherung der **AHV** wird der Landtag im Herbst entscheiden - zuerst muss Gesellschaftsminister Mauro Pedrazzini aber noch seinen Vorschlag präsentieren, wie der **AHV-Fonds** bis 2038 wieder fünf Jahresausgaben erreicht.



Der FBP-Abgeordnete Johannes Kaiser hatte es besonders eilig, den dreiteiligen Lösungsweg der FBP in Sachen **AHV-Sicherung** durchzusetzen - ohne erst die Gegenfinanzierung zu sichern. Sein Antrag auf Erhöhung des OKP-Staatsbeitrags um 20 Millionen Franken scheiterte. (Fotos: MZ)